

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(14. - öffentliche - Sitzung am 19. September 2018)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1369](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Herr Ing. Henk Post, Arbeitsgruppe Bisam und Nutria, Unie van Waterschappen, NL
- Wasserverbandstag e. V.
- Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover, Institut für Terrestrische und Aquatische Wildtierforschung
- Landesjägerschaft Niedersachsen e. V.
- Deutscher Tierschutzbund, Landesverband Niedersachsen e. V.

2. **Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1530](#)

dazu: Eingabe 570

Seitens der Fraktion der Grünen wurde beantragt, mit der federführenden Beratung den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zu beauftragen. Der Ausschuss lehnte dies mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder ab.

Der Ausschuss bat die Landesregierung für eine seiner nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung zu dem Antrag. Seitens der Fraktion der CDU wurde darum gebeten, in der Unterrichtung auf die Regelungen im Gesetz über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten sowie auch auf das Gesetz zum Schutz des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres einzugehen. Die Vertreterin der Fraktion der Grünen legte Wert darauf, dass bei der Unterrichtung Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und auch des Umweltministeriums zugegen sind.

3. **Terminabsprachen**

hier: Besprechung der geplanten Ausschussreise nach Brüssel

Der Ausschuss nahm in Aussicht, am 16. November 2018 die EuroTier in Hannover zu besuchen.

Ferner verständigte er sich vor dem Hintergrund der neuen GAP-Periode darauf, im kommenden Jahr eine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel durchzuführen. Er bat die Landtagsverwaltung, in Abstimmung mit der Landesvertretung in Brüssel Terminvorschläge zu unterbreiten.